

INTERVIEW

«Wir dürfen nicht fünfzig Prozent der Bevölkerung vom Friedensprozess ausschliessen»

Die afghanische Menschenrechtsministerin Sima Samar hat kein Büro, dafür vier bewaffnete Leibwächter. Im Gespräch äussert sie sich dazu, ob die Taliban ihre Haltung zu Frauenrechten geändert haben und was sie sich von der bevorstehenden Präsidentschaftswahl erhofft.

Karin A. Wenger
20.9.2019, 13:55 Uhr

Sima Samar ist seit Mitte Juli Ministerin für Menschenrechte und internationale Beziehungen in Afghanistan. Sie hat noch kein Büro und keinen einzigen Mitarbeiter. Die Ministerin arbeitet von ihrem Schreibtisch zu Hause in Kabul aus.

WERBUNG

18+ Dieses Produkt enthält Nikotin. Nikotin macht abhängig.

RUBBELN
ZUM ENTDECKEN

logic.
VAPES

InRead Invented By Teads

Samar ist eine zähe Kämpferin für Frauenrechte in Afghanistan. Die Taliban hassen sie, seit sie in den 1990er Jahren Spitäler für Frauen aufbaute und versteckten Schulunterricht für Mädchen organisierte. Nachdem das amerikanische Militär Ende 2001 das Taliban-Regime gestürzt hatte, wurde Samar zur ersten Ministerin für Frauenangelegenheiten ernannt. Doch sie blieb nur kurze Zeit im Amt. Sie wurde zum Rücktritt gezwungen, weil sie konservative islamische Gesetze kritisierte. 2012 erhielt Samar den alternativen Nobelpreis für ihr langjähriges Engagement.

Diese Woche ist Samar aus Kabul in die Schweiz gereist. Auf dem Flug sass neben ihr nur eine weitere Frau in der Businessclass, auf den anderen Sitzen waren Männer. Das sei immer so, sagt die 62-Jährige. «Es zeigt, wer an der Macht ist.»

Samar ist am Mittwoch an einer Konferenz in Bern aufgetreten. Die NZZ hat sie für ein Interview getroffen.

Am 28. September findet in Afghanistan die Präsidentschaftswahl statt. Was erhoffen Sie sich davon?

Ich hoffe, dass es eine glaubwürdige Wahl sein wird. Ich spreche nicht von frei oder fair, weil das unmöglich ist. Die Menschen haben Angst, die Taliban wollen Wahllokale attackieren.

Was wäre eine glaubwürdige Wahl?

Wenn es keine breiten Wahlfälschungen gäbe. Bei vergangenen Wahlen brachten einige Männer Listen mit zwanzig Frauennamen und behaupteten, das seien Angehörige. Sie erhielten die Stimmkarten und füllten sie aus, doch niemand überprüfte, ob diese Frauen wirklich existierten. Wir haben ja keine Volkszählung. In einigen Provinzen gaben mehr Frauen als Männer ihre Stimme ab, können Sie das glauben?

Befürchten Sie, dass dies wieder geschehen wird?

Ja, ganz klar.

An der Konferenz in Bern hat Samar über Frauen und Frieden geredet. Ihre Sätze waren klar, man merkt, dass sie oft über diese Themen spricht. Sie kritisiert, dass Frauen bei Friedensverhandlungen nie gleichwertig einbezogen würden. Auch bei den in Doha geführten [Verhandlungen zwischen den USA und den islamistischen Taliban](#) hatten Frauen wenig zu sagen. Die afghanische Regierung war ganz ausgeschlossen, weil die Taliban sie für eine von den USA eingesetzte Marionettenregierung halten. Anfang September stoppte der amerikanische Präsident Donald Trump die Gespräche. Ein geplantes Abkommen sah einen Teilabzug der amerikanischen Truppen vor. Die Taliban stellten einzig in Aussicht, mit al-Kaida und anderen terroristischen Organisationen zu brechen.

Was haben Sie gedacht, als Sie hörten, dass Trump die Verhandlungen mit den Taliban abbricht?

Offen gesagt, ich fand das Abkommen nicht gut. Verhandlungen sollten geführt werden, aber diese waren zu hastig. Ein Vertrag, der zu schnell zustande kommt, ist ein kurzfristiger politischer Deal. Das führt kaum zu anhaltendem Frieden. Zudem sollte der Prozess alle einschliessen. Ich sage immer wieder, dass die afghanische Regierung zweifellos viele Probleme hat, zum Beispiel Korruption. Aber: Es ist eine Regierung. Am Ende des Tages ist sie es, die einen Vertrag unterzeichnen muss.

Sie kritisieren, dass zu wenige Frauen am Friedensprozess beteiligt seien. Zu den Gesprächen in Doha luden die Taliban elf Frauen ein.

Ja, von knapp fünfzig Teilnehmern auf afghanischer Seite. Und das war eher ein gegenseitiges Kennenlernen, es waren keine richtigen Verhandlungen. Wir dürfen nicht fünfzig Prozent der Bevölkerung vom Friedensprozess ausschliessen. Die Taliban sagen, sie wollten Frauen alle Rechte gewähren, die ihnen gemäss Islam und Scharia zuständen. Doch was heisst das schon?

Wie leben Frauen in den von den Taliban kontrollierten Gebieten?

Sie werden unterdrückt. Kürzlich sah ich ein Video, das zeigte, wie die Taliban öffentlich zwei Frauen auspeitschten. Es war grausam, ich musste wegschauen.

Sie sagen, alle müssten an Friedensverhandlungen teilnehmen können. Hätte man die Taliban 2001 nach ihrem Sturz einbeziehen sollen?

Unbedingt. Ich glaube, die Situation in Afghanistan wäre heute anders. Die Taliban waren in dieser Zeit in einer schwachen Position. Sie hätten nicht einmal Macht angestrebt. Sie wollten bloss nicht eingesperrt werden. Ich sagte das damals auch zu Uno-Generalsekretär Kofi Annan.

Ist Frieden in Afghanistan realistisch?

Ja, wenn der politische Wille gross genug ist. Wenn es beide Seiten wirklich wollten, die Regierung und die Taliban. Wenn beide finden, sie hätten Krieg und die Toten satt. Wie lange wollen die Taliban noch töten und selber getötet werden?

Samar merkte bereits als Kind, dass die Welt ungerecht ist. Ihre Eltern erlaubten ihren Brüdern viel mehr. Sie gehört zudem zur persischsprachigen Minderheit der Hazara. In der Schule fühlte sie sich diskriminiert, sie durfte nicht in ihrer Muttersprache sprechen. Um in Kabul Medizin zu studieren, musste sie erst heiraten. 1982 schloss sie das Studium ab, was selten war für eine Hazara-Frau.

Ihr Mann wurde während der russischen Invasion verhaftet und ist nie mehr aufgetaucht. Samar flüchtete 1984, einige Jahre nach dem Verschwinden ihres Mannes, mit ihrem Sohn nach Pakistan. Dort gründete sie die Organisation Shuhada, die mittlerweile geholfen hat, über 120 Schulen zu bauen und laut eigenen Angaben fünf Millionen Menschen in Krankenstationen zu pflegen. Samar kehrte erst 2001 nach Kabul zurück.

Wie war es, sich 2001 als Ministerin für Frauenrechte einzusetzen?

Sehr schwierig. Einmal kam zum Beispiel ein hochrangiger Uno-Mitarbeiter in mein Büro und sagte mir: Sima, lass die Finger von den heiklen Themen Zwangs- und Kinderehe. Ich antwortete: Frauen sind Menschen, und ich setze mich für Menschenrechte ein.

Kümmern sich ausländische Geldgeber um Frauenrechte?

Zu wenig. Es wird zu wenig Geld ausgegeben, um die Position der Frauen zu verbessern. Die Entscheidungsträger in Geberländern sind meistens auch Männer.

Hat das einen Einfluss?

Die Perspektive der Frauen fehlt. Ein Beispiel: Zwischen Kabul und Kandahar wurde eine Autobahn gebaut, die Fahrt dauert sechs Stunden. Man investierte Hunderte von Millionen Dollar und dachte nicht daran, einige zehntausend Dollar für Toiletten entlang der Strasse auszugeben. Wir Frauen assen und tranken jedes Mal schon am Abend vorher nichts, wenn wir reisen mussten.

Sima Samar war achtzehn Jahre Vorsitzende der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission. Sie will, dass vergangene Kriegsverbrechen aufgearbeitet und von den Tätern anerkannt werden. Dadurch schafft sie sich viele mächtige Feinde.

Nach der Konferenz geht sie zu Fuss zum Bundeshaus an ein nächstes Treffen. Das wäre in Afghanistan unmöglich. Die Ministerin, die über kein eigenes Büro verfügt, ist dort im gepanzerten Auto unterwegs. Vier Leibwächter mit einer Waffe begleiten sie überallhin.

Was war für Sie die gefährlichste Situation bisher?

Mein ganzes Leben. Wenn du in Afghanistan für Rechte kämpfst, bist du ständig in Gefahr. Die Uno holte mich 2002 um 1 Uhr in der Nacht in ihr Gästehaus, weil es Drohungen gab, dass ich getötet würde. Ich blieb dort eine Nacht, danach bewachten Soldaten mein Haus.

Warum machen Sie weiter?

Ich will zeigen, dass ich standhalten kann. Und als Frau muss ich beweisen, dass ich jemand bin.

Worüber verhandeln die USA und die Taliban eigentlich? Und wieso sind die Taliban in einer besseren Verhandlungsposition?

Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Michael Schilliger / 8.9.2019, 10:59



Die Taliban im Blitzlichtgewitter – das grosse afghanische Stelldichein in Katar

In Afghanistan bombardieren die Taliban «Invasoren und ihre Lakaien». Im Golfstaat Katar hingegen tauschen sie sich mit dem Kriegsgegner aus – und versprechen den Frauen eine Zukunft ohne Burka.

Marco Kauffmann Bossart, Doha / 17.7.2019, 06:00



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung,
Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige
ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.